

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan van Aken, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/9934 –

Werbung der Bundeswehr durch Einsatz von Materialien der Schriftenreihe „Frieden & Sicherheit“ im Schulunterricht

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bundesregierung versucht auf vielfältige Weise, die Kriegseinsätze der Bundeswehr gegenüber Schülerinnen und Schülern zu legitimieren. Sie bedient sich des Mittels der Jugendoffiziere, die auf Einladung von Lehrkräften im Rahmen des regulären Unterrichts die offizielle Sicherheitspolitik vorstellen. Sie versucht, auf die Lehrkräfte einzuwirken, indem sie zahlreiche Seminare für Lehrerinnen und Lehrer sowie Referendarinnen und Referendare anbietet. Zu den Werbestrategien an Schulen gehört aber auch der verdeckte Einsatz von scheinbar neutralem Unterrichtsmaterial. Die Angebote des Medienpaketes „Frieden & Sicherheit“ werden an Schulen zu Hunderttausenden genutzt. Zu dem Paket zählen gedruckte Schülermagazine, Lehrerhandreichungen, Arbeitsblätter und das Schulportal „www.frieden-und-sicherheit.de“. Die Magazine sind kostenlos, im Jahr 2007 wurden 325 000 Schülerhefte bestellt. Herausgeber ist die „Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V.“, das Impressum verrät allerdings, dass es eine „fachliche Beratung“ durch das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) gibt.

Diese Materialien dienen nicht der neutralen Unterrichtung der Schülerinnen und Schüler, sie geben vielmehr der Bundesregierung Gelegenheit, für ihre eigene Position, beispielsweise im Afghanistan-Krieg, zu werben. So ist nach regierungsoffizieller Darstellung die Internetseite „www.frieden-und-sicherheit.de“ Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr (Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 16/10006, S. 4). Aus diesem Grund hat das BMVg in den Jahren 2006/2007 223 000 Euro für den Vertrieb der Materialien bezahlt, für 2008/2009 waren gar 330 000 Euro bereitgestellt (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 16/8852).

Als roter Faden zieht sich eine affirmative Darstellung der offiziellen Sicherheitspolitik und selbst des Afghanistan-Krieges durch die Materialien.

So heißt es im aktuellen Schülermagazin für die Sekundarstufe II, die Bundesrepublik Deutschland wirke „an der Eindämmung von Konflikten und am Aufbau tragfähiger Strukturen weltweit und in internationalen Bündnissen mit“ – das mag die Selbsteinschätzung der Bundesregierung sein, aber keine neutrale Darstellung. Diese müsste zumindest darauf eingehen, dass es auch kritische Stimmen gibt, die der Bundesregierung vorwerfen, durch ihre eigene Politik sowie ihre Rolle in Militärbündnissen konflikteskalierend zu wirken. Doch davon erfahren die Leserinnen und Leser von „Frieden & Sicherheit“ nichts.

Da wird behauptet, der Iran betreibe ein Atomwaffenprogramm – das ist eine in den Medien vielzitierte Auffassung, die aber nicht einmal von der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) bestätigt wird. Die IAEO berichtete Ende 2011, es gebe Hinweise, dass der Iran bis 2003 ein militärisches Atomprogramm betrieben habe, in Hinblick auf die Entwicklung seither spricht die IAEO aber wesentlich vorsichtiger von „möglichen“ militärischen Dimensionen des iranischen Atomprogramms.

Da wird als unstrittige Tatsache behauptet, die NATO wolle durch ihren weltweiten Handlungsanspruch lediglich „Konflikten vorbeugen und Stabilität schaffen“, ohne zu erwähnen, dass viele Stimmen der NATO aggressive Absichten zuschreiben.

Da wird behauptet, „die internationale Gemeinschaft“ wäge bei der Entscheidung für oder gegen Kriegseinsätze „moralische“ Bedenken gegeneinander ab – andere Überlegungen werden von „Frieden & Sicherheit“ als nichtexistent betrachtet, zumindest soweit es die NATO betrifft. Dabei werfen zahlreiche Kritiker in Medien und Politik den NATO-Mitgliedstaaten vor, eigennützig ökonomische, geostrategische und machtpolitische Interessen mit militärischer Gewalt durchzusetzen.

Auch der Kriegseinsatz in Afghanistan wird als Versuch dargestellt, dort Sicherheit und Stabilität herzustellen. Kritisch wird allenfalls die Frage beleuchtet, inwiefern das gelungen ist – dass der „gute Wille“ der kriegführenden Regierungen gegeben sei, wird aber nicht in Frage gestellt.

Aus Sicht der Fragesteller verstößt diese massive, verdeckte Einflussnahme der Bundeswehr bzw. der Bundesregierung gegen elementare schulpolitische Gebote, wie etwa das Kontroversitätsgebot des Beutelsbacher Konsens. Dieses besagt, dass Sachverhalte, die gesellschaftlich kontrovers behandelt werden, auch im Unterricht als kontrovers dargestellt werden müssen. Davon kann bei diesen Materialien nicht die Rede sein. Sie lesen sich wie nur leicht modifizierte Werbebroschüren der Bundeswehr. Schülerinnen und Schüler werden nicht dazu angeregt, sich mit oppositionellen Stimmen zu beschäftigen. Die angegebenen Links führen größtenteils zu offiziellen Stellen, mitunter zu konservativen Medien, aber in keinem einzigen Fall etwa zu Organisationen der Friedensbewegung.

Ein weiterer brisanter Punkt stellt die Tatsache dar, dass die Materialien vom Universum Verlag GmbH herausgegeben werden. Dieser befindet sich zu 48 Prozent im Besitz der FDP (Antwort des hessischen Ministers des Innern und für Sport auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU auf Landtagsdrucksache 16/6803). Was das BMVg ausgibt, fließt so letztlich teilweise in die Kasse einer Partei, die zugleich an der Umsetzung der Sicherheitspolitik beteiligt ist.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung weist den Vorwurf, durch den Einsatz von Materialien der Schriftenreihe „Frieden & Sicherheit“ im Schulunterricht zu werben, entschieden zurück.

Mit den Materialien wird den Schulen ein Angebot unterbreitet, Sicherheitspolitik transparent im Schulunterricht zu kommunizieren. Die Darstellung der offiziellen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland ist in den Curricula der Bundesländer traditionell angelegt. Divergierende

und kontroverse Konzepte und Positionen darzustellen, obliegt der für den Unterricht verantwortlichen Lehrkraft.

Die Interpretation des „Beutelsbacher Konsens“ durch die Fragesteller macht sich die Bundesregierung nicht zu eigen, sondern stellt ihr Handeln auf die drei grundlegenden Bedingungen für politische Bildung ab: Erstens dürfen Lehrer Schülern nicht ihre Meinung aufzwingen. Zweitens muss der Lehrende ein Thema kontrovers darstellen und diskutieren, wenn es in der Öffentlichkeit kontrovers erscheint und drittens muss Politische Bildung die Schüler in die Lage versetzen, die politische Situation in der Gesellschaft und ihre eigene Position zu analysieren und daraus für sich Konsequenzen zu ziehen.

Die inhaltliche Ausgestaltung von „Frieden & Sicherheit“ ist pädagogisch ausgewogen und berücksichtigt die Prinzipien des „Beutelsbacher Konsens“. Die Rückmeldungen aus der Schüler- und Lehrerschaft bestätigen – auch nach fast drei Jahrzehnten – die ungebrochen hohe Qualität des mehrfach mit dem COMENIUS-EduMedia Siegel der Gesellschaft für Pädagogik und Informationen e. V. als pädagogisch besonders wertvoll ausgezeichneten Gesamtprodukts „Frieden & Sicherheit“.

Die Universum Kommunikation und Medien AG wird bei der Erstellung der Materialien von der Stiftung Jugend und Bildung pädagogisch beraten. Der Stiftung gehören Bildungsexperten der Kultusministerien der Länder an. Als Herausgeberin verantwortet die Stiftung darüber hinaus die Unterrichtsmaterialien „Frieden & Sicherheit“. Dies schließt auch die Themenfindung und Art der Präsentation ein. Das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) ist in diesem Kontext lediglich fachlich beratend tätig.

Die Internetseite www.frieden-und-sicherheit.de wird durch die Universum Kommunikation und Medien AG unter Beratung der Stiftung Jugend und Bildung betrieben. Der Auffassung der Fragesteller, dass diese Internetseite Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr sei, liegt eine Fehlinterpretation der als Beweis angeführten Bundestagsdrucksache 16/10006 zugrunde. Darin hatte die Bundesregierung auf die Frage, welche Maßnahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Afghanistan-Einsatz durchgeführt hat, geantwortet. Aus der Antwort geht hervor, dass für die Internetseite ein Arbeitsblatt zum Thema „ISAF – die Bundeswehr in Afghanistan“ im Rahmen des mit der Universum Kommunikation und Medien AG geschlossenen Vertrages beauftragt und durch diese hergestellt wurde.

Die Fragesteller unterstellen der NATO „aggressive Absichten“ sowie die „Durchsetzung eigennütziger ökonomischer, geostrategischer und machtpolitischer Interessen mit militärischer Gewalt“. Dies entspricht weder den Zielen der NATO noch der Politik ihrer Mitgliedstaaten.

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter der Führung der NATO auf der völkerrechtlichen Grundlage der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen zur Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erfolgt.

1. Wie viele Schülermagazine sind in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011 jeweils bestellt worden, und wie interpretiert die Bundesregierung allfällige signifikante Veränderungen bei den Bestellzahlen?

Die Bestellungen stellen sich für die jeweiligen Jahre wie folgt dar:

2008: 47 152

2009: 68 412

2010: 65 703.

Im Jahr 2011 wurde der Versand eingestellt (siehe hierzu auch die Antwort zu Frage 4).

Der Anstieg der Bestellungen von 2008 auf 2009 um über 20 000 Magazine kann im Detail nicht interpretiert werden. Die hohe Nachfrage unterstreicht allerdings die offensichtliche Qualität der Hefte.

2. Inwiefern sind der Bundesregierung statistische Werte zu den Bestellungen bekannt, etwa zu den Fragen
 - wie sich die Bestellungen auf verschiedene Schultypen verteilen,
 - wie sich die Bestellungen auf die Bundesländer verteilen und
 - in welchem Ausmaß außerschulische Zusammenschlüsse die Magazine bestellen(bitte soweit möglich konkrete Zahlen angeben)?

Dem BMVg stehen keine derartigen statistischen Angaben zur Verfügung.

3. Wie viele Downloads von Arbeitsblättern und Schülermagazinen wurden 2008, 2009, 2010 und 2011 jeweils registriert?

Die Downloads von Arbeitsblättern und Schülermagazinen werden nicht getrennt erfasst. Sie betragen zusammen durchschnittlich pro Monat:

2008: 6 916

2009: 7 098

2010: 6 395

2011: 6 808.

4. Welche Kosten hat die Bundesregierung seit 2007 pro Jahr bzw. Schuljahr für die Kooperation mit „Frieden & Sicherheit“ aufgewendet, und auf welche einzelnen Posten verteilen sich diese Kosten?

Welche Kosten sind für das Jahr 2012 sowie darüber hinaus kalkuliert?

Aus welchem Haushaltsposten werden sie bestritten?

Das BMVg hat bis 2007 jährlich durchschnittlich 223 000 Euro aufgewandt. Von 2008 bis 2010 sind jährlich durchschnittlich Kosten in Höhe von 172 000 Euro angefallen. Seit 2011 werden die Produkte nur noch zum Herunterladen angeboten. Die jährlichen durchschnittlichen Haushaltsmittel beziffern sich auf 120 000 Euro.

Mit diesen Aufwendungen werden sowohl die Entwicklung, der Druck, der Versand (bis 2011) sowie die Betreuung des Internetauftritts finanziert.

Die Mittel für die vorgenannten Leistungen werden aus dem Einzelplan 14, Kapitel 14 01 Titel 542 01 bestritten.

5. Deckt der Beitrag des BMVg die Gesamtkosten der Materialien und der Schulplattform, und wenn nicht, wie hoch sind diese, und wer beteiligt sich mit welchen Beträgen noch an der Finanzierung?

Der Beitrag des BMVg deckt die Gesamtkosten.

6. Wie genau gestaltet sich die „fachliche Beratung“ durch das BMVg, und wer genau führt sie durch?

Die fachliche Beratung erfolgt durch das Fachpersonal für Öffentlichkeitsarbeit und beschränkt sich allein auf die Sichtung bereits erstellter und vom Herausgeber geprüfter Materialien sowie auf die Beratung im Themenbereich Bundeswehr.

7. Warum enthalten die Linkhinweise im Schülermagazin 2012/2013 ausschließlich Links zu Behörden, Institutionen oder Medien, die der Sicherheitspolitik der Bundesregierung entweder unvoreingenommen oder zumindest tendenziell positiv gegenüberstehen und keine Links zu Internetauftritten, auf denen die Kriegseinsätze der Bundeswehr abgelehnt werden?

Die Linkhinweise im Schülermagazin dienen dazu, die Schülerinnen und Schüler in die Lage zu versetzen, sich zunächst weitere, möglichst neutrale Informationen zu den Inhalten der Doppelseiten zu beschaffen. Es steht den Lehrerinnen und Lehrern jederzeit frei, dieses Informationsangebot gegebenenfalls durch weitere Linkhinweise zu ergänzen. Siehe hierzu auch die Vorbemerkung der Bundesregierung zum „Beutelsbacher Konsens“.

8. Warum enthalten die Beiträge im Schülermagazin 2012/2013 ausschließlich Beiträge, die der offiziellen Sicherheitspolitik affirmativ gegenüberstehen und keine Beiträge, die sich grundsätzlich kritisch mit den Prämissen dieser Politik beschäftigen, um so die Schülerinnen und Schüler auf vorhandene kontroverse Positionen aufmerksam zu machen und zu kritischem Denken anzuregen?

Alle Beiträge im Schülermagazin werden nach pädagogischer und inhaltlicher Qualität sowie nach Bezug zu den Lehr- bzw. Bildungsplänen der Länder ausgewählt. Das insgesamt 32-seitige Schülermagazin enthält drei Doppelseiten zu politischen Strategien. Eine dieser Doppelseiten informiert über internationale Sicherheitspolitik, eine weitere über die deutsche Sicherheitspolitik und eine andere über Entwicklungspolitik.

Auf diesen Seiten wird unter anderem mithilfe einer Karikatur, von Zitaten und Arbeitsaufträgen – ergänzt durch Arbeitsanregungen in der Lehrerhandreichung – auf kontroverse Positionen aufmerksam gemacht und zu kritischem Denken angeregt.

Es liegt in der Entscheidung der Lehrerinnen und Lehrer, die vorhandenen Materialien des Informationsangebots „Frieden & Sicherheit“ durch weitere Materialien und Positionen zu ergänzen.

9. Warum enthalten die Beiträge zwar ausführliche Schilderungen des deutschen Beitrags zum Aufwuchs und zur Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte, aber keinen einzigen Hinweis etwa von UNO-Instanzen oder Menschenrechtsorganisationen, dass diese Sicherheitskräfte – trotz der westlichen Ausbildung – massive Menschenrechtsverletzungen begehen und der afghanischen Bevölkerung nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Gewalt bescheren (www.hrw.org/news/2011/09/12/afghanistan-rein-abusive-militas-and-afghan-local-police oder www.oxfam.org/en/policy/notime-to-lose)?

Auf einer halben Seite im Schülermagazin wird das Engagement der Bundesregierung in Afghanistan thematisiert. Eine Betrachtung und Bewertung der Arbeit der afghanischen Sicherheitskräfte ist nicht Gegenstand der Materialien.

10. Warum wird in den Materialien behauptet, der Iran verfüge über ein Atomwaffenprogramm, ohne zumindest auf die erheblich vorsichtigeren Einschätzung der IAEA einzugehen, die diesen Vorwurf nicht als Tatsache, sondern als Möglichkeit anführt?

Wäre es aus Sicht der Bundesregierung nicht erforderlich, Schülerinnen und Schüler darüber zu informieren, dass die Frage, ob der Iran ein Atomwaffenprogramm betreibt, kontrovers diskutiert wird und es keine zweifelsfreien Belege dafür gibt?

Die Herausgeberschaft liegt bei der bereits in der Vorbemerkung der Bundesregierung genannten Stiftung. Dort werden die Inhalte aufbereitet, bewertet und inhaltlich umgesetzt.

Sie basieren auf den zum Zeitpunkt der Erstellung verfügbaren, dort ausgewählten Quellen und erheben keinerlei Anspruch auf eine umfassende Behandlung des jeweiligen Themas – es sind vielmehr Positionen, Thesen etc.

Der didaktische Ansatz des Projekts ist grundsätzlich darauf angelegt, die Materialien als Ausgangspunkt und Anregung für kontroverse Diskussionen und weiterführende, eigene Recherchen im Unterricht zu nutzen.

11. Welche Bedeutung kommt der Kooperation mit „Frieden & Sicherheit“ aus Sicht der Bundesregierung für die Vermittlung ihrer Sicherheitspolitik und des Kriegeinsatzes in Afghanistan zu?

Seit mehr als 30 Jahren werden mit „Frieden & Sicherheit“ aktuelle und nachgefragte Materialien zu den verschiedensten Aspekten deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der Außenpolitik und der internationalen Politik sowie der Entwicklungspolitik erstellt, die die Schulbuchentwicklung ergänzen. Zu den Auffassungen der Fragesteller wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

12. Inwiefern hält die Bundesregierung die Materialien angesichts ihrer thematischen Ausrichtung für vereinbar mit den Prinzipien des Beutelsbacher Konsens?

Auf die in der Vorbemerkung der Bundesregierung gemachten Ausführungen zum „Beutelsbacher Konsens“ wird verwiesen.

13. Inwiefern hält es die Bundesregierung für eine demokratische Bildungspolitik angemessen, wenn der Schulunterricht dazu benutzt wird, nicht neutral und unabhängig über die sicherheitspolitischen Positionen der Bundesregierung zu informieren, sondern für diese zu werben?

Mit den Materialien wird den Schulen ein Angebot unterbreitet, Sicherheitspolitik transparent im Schulunterricht zu kommunizieren. Es handelt sich dabei gerade nicht um Werbung.

14. Ist die Bundesregierung bereit, Organisationen der Friedensbewegung die gleiche Summe, die das BMVg für seine Öffentlichkeitsarbeit im Schulunterricht aufwendet, zur Verfügung zu stellen, um diesen zu ermöglichen, in gleichem Umfang zu werben und so das Kontroversitätsgebot zu erfüllen, und wenn nein, warum nicht?

Aus Haushaltsmitteln finanzierte Projekte unterliegen den klassischen Ausschreibungsmodalitäten und bestehenden Vergabeordnungen der öffentlichen Hand; als solches werden sie im Wettbewerb ausgeschrieben. Ein Vorgehen wie von den Fragestellern vorgeschlagen verstieße gegen die rechtlichen Vorgaben.

Da Haushaltsmittel in diesem Zusammenhang ausdrücklich nicht für Werbung bereitgestellt werden, könnte auch aus diesem Grund inhaltlich kein Vergabezuschlag erfolgen. Kontrovertität entsteht im Übrigen nicht durch die Bevorzugung von bestimmten Organisationen.

15. Inwiefern hat die Bundesregierung hinsichtlich der Materialien bzw. ihrer inhaltlichen Ausrichtung Kontakt mit Elternvertretungen, Schülervertretungen, Schulkonferenzen oder der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft aufgenommen?

Die inhaltliche Ausgestaltung sowie das dahinterliegende pädagogische Gesamtkonzept von „Frieden & Sicherheit“ ist ausgewogen, in der deutschen Schullandschaft akzeptiert und berücksichtigt die Prinzipien des „Beutelsbacher Konsens“. Entsprechende Rückmeldungen aus der Schüler- und Lehrerschaft bestätigen die ungebrochen hohe Qualität des mehrfach pädagogisch ausgezeichneten Gesamtprodukts „Frieden & Sicherheit“. Dies ist nach hiesiger Auffassung völlig ausreichend.

16. Hat die Bundeswehr über den in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 16/6803 genannten Film hinaus seither weitere Filme für die Verwendung im Unterricht produzieren lassen bzw. finanziert, und wenn ja, welche?

Welche Kosten sind dabei entstanden?

Auf Bundestagsdrucksache 16/6803 des Deutschen Bundestages wird die Fragestellung nicht behandelt. Auf Drucksache 16/6803 des Hessischen Landtags wird kein Filmprojekt geführt.

Auf Bundestagsdrucksache 16/8852 des Deutschen Bundestages hat die Bundesregierung über die Produktion eines Filmes berichtet. Darüber hinaus wurde kein weiterer Film für die Verwendung im Schulunterricht produziert.

17. Welche weiteren von Dritten herausgegebenen Druckerzeugnisse sind seit dem Jahr 2007 vom BMVg fachlich betreut worden (bitte Titel, Kurzangabe des Inhalts, Auflage, Herausgeber, Verteilerkreis angeben sowie ggf. die Kosten, mit denen sich die Bundesregierung oder das BMVg an Herstellung bzw. Verbreitung beteiligt haben)?

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wie auch der davon getrennten Nachwuchswerbung der Bundeswehr wurden im angefragten Zeitraum im zugrunde liegenden Fachsegment keine weiteren, von Dritten herausgegebenen Druckerzeugnisse fachlich betreut.